

Gemeinderat von Zürich

05.01.00

Postulatvon Raphaela Ulcay-Hauser (SVP)
und Christian Mettler (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Städtepartnerschaft Zürich-Kunming inskünftig stärker auf die Menschenrechtsfrage ausgerichtet werden kann.

Begründung:

Gemäss einem Communiqué der "Gesellschaft für bedrohte Völker" vom 10. Dezember 1999 hat sich in China in jüngster Zeit die Lage der Menschenrechte verschlechtert. Der Jahresbericht 1999 von "Amnesty International" berichtet davon, dass in China Menschen verfolgt, inhaftiert, gefoltert und mit dem Tode bestraft werden. Die Menschenrechtsorganisation zeigt im Bericht "Facts and Figures on the Death Penalty" vom 18. Dezember 1999 auf, dass von den im Jahre 1998 weltweit vollstreckten Todesstrafen deren 1700, mithin 75 Prozent, auf das Konto des chinesischen Staates gehen. Laut Stellungnahme von Amnesty International zur Städtepartnerschaft Zürich-Kunming wird "die Todesstrafe auch besonders in der Provinz Yunnan exzessiv angewendet".

Trotz dieser bedrückenden Tatsachen sind die Menschenrechte kein zentrales Element der Städtepartnerschaft Zürich-Kunming. Bezeichnenderweise wird im Bericht des Stadtrates zur Städtepartnerschaft vom Dezember 1999 die Menschenrechtsfrage in China nur am Rande erwähnt. Im Kapitel "Ausblick" über die Zukunft der Städtepartnerschaft ist mit keinem Wort von den Menschenrechten die Rede.

"Amnesty International" empfiehlt in der erwähnten Stellungnahme, inskünftig das Gewicht verstärkt auf die Menschenrechte zu legen und die Menschenrechte in das strategische Ziel der Städtepartnerschaft zu integrieren. Desgleichen verlangt die "Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz" in einer Vernehmlassung vom 23. Oktober 1999, dass der Dialog über die Menschenrechte in China ein fester Bestandteil der Städtepartnerschaft sein müsse.

